

Gute Löhne und Renten für alle Schluss mit der zunehmenden Einkommens- und Vermögensungleichheit

Blicken wir auf das zu Ende gegangene Jahr zurück, dann ist es in der Schweiz gelungen, die schlimmsten Folgen der durch den Beinahe-Kollaps des Finanzsystems ausgelösten Wirtschaftskrise abzuwenden. Eine positive Rolle spielten dabei die Konjunkturpolitik und insbesondere die von den Gewerkschaften ins Spiel gebrachten Massnahmen für den Ausbau der Kurzarbeit und die Stärkung der Kaufkraft durch die vorzeitige Rückerstattung der CO₂-Abgabe. Positiv ist auch zu werten, dass es den Gewerkschaften gemeinsam mit den ihnen nahestehenden Parteien im letzten Jahr gelungen ist, drei der vier von den bürgerlichen Parteien aufgegleisten Sozialabbauvorlagen zu stoppen (Rentenklausur bei den Pensionskassen, Rentensenkung und Rentenaltererhöhung durch die 11. AHV-Revision, Abbau bei der Unfallversicherung; dazu kommt noch die dank der gewerkschaftlichen Referendumsdrohung gestoppte Totalliberalisierung bei der Post). Auf der Plus-Seite steht schliesslich eine grössere Zahl der Ende des letzten Jahres ausgehandelten Lohnabschlüsse, indem endlich wieder für viele spürbare Realloohnerhöhungen ausgehandelt werden konnten (negative Gegenbeispiele bleiben allerdings der Bau und die öffentliche Hand). Trotzdem sind die Arbeitslosenzahlen (und noch mehr jene der Stellensuchenden) nach der Krise heute viel zu hoch. Aufgrund der Aussteuerungswelle als Folge der revidierten Arbeitslosenversicherung, die von den Gewerkschaften leider erfolglos bekämpft worden ist, wird sich die Situation gerade für Langzeitarbeitslose im kommenden Frühjahr noch einmal massiv verschärfen. Wir erwarten von den verantwortlichen Behörden, dass sie die von ihnen bisher beschönigte Ausgangslage in den nächsten Monaten noch einmal überprüfen. Höchst kritisch bleibt mit Blick auf die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung die anhaltende massive Überbewertung des Schweizer Frankens. Wir verlangen den Einsatz des Instrumentariums gegen die Spekulation mit dem Franken, die der Realwirtschaft schwer schadet. Es ist unverständlich, weshalb zugelassen wird, dass beispielsweise die UBS mit dem billigen Geld der Nationalbank gegen den Euro und zum Schaden des Frankens spekuliert und entsprechende Anlageempfehlungen abgibt.

Die schwerwiegendste Fehlentwicklung der letzten 10, 20 Jahre ist aber die zunehmende Ungleichheit bei der Einkommens- und Vermögensentwicklung. Sie wird getrieben von einer Explosion der hohen und höchsten Einkommen und Vermögen, zusammen mit Privilegien im Steuerbereich, die Normalsterblichen nicht offen stehen. Dem Normalverdienenden verbleibt nach den ständigen Prämien erhöhungen der Krankenkassen und der Mieten nicht mehr Geld zum Leben als vor zehn Jahren. Diese Fehlentwicklung im Interesse der Mehrheit der Leute mit unteren und mittleren Einkommen umzudrehen muss ein vorrangiges Ziel der Politik der kommenden Jahre sein.

Als Offensivprojekt im Lohnbereich wird der Schweizerische Gewerkschaftsbund deshalb Ende Januar 2011 die Unterschriftensammlung für die Mindestlohn-Initiative starten. Ziel der Initiative ist es, alle tiefen und mittleren Löhne gegen Lohndruck und Lohndumping zu schützen. Erstens durch einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde und zweitens durch eine Stärkung der Gesamtarbeitsverträge, was allen Beschäftigten, und nicht nur jenen in den Tieflohnbereichen, zu Gute kommt. Gleichzeitig ist sie ein guter Einstieg in die Lohnkampagne für das laufende Jahr. – Begleitend braucht es Entlastungen bei den Krankenkassenprämien, vor allem durch höhere Prämienverbilligungen, und eine neue Offensive im gemeinnützigen Wohnungsbau für bezahlbare Wohnungen.

In der Altersvorsorge wird der SGB die sogenannte technische AHV-Revision mittragen, sofern damit keine Eingriffe bei den Renten und beim Rentenalter verbunden sind. Darüber hinaus geht es im laufenden Jahr darum, die Grundlagen dafür zu erarbeiten, dass nach den nächsten Wahlen statt des Themas Rentenalter endlich wieder die Höhe der Renten der unteren und mittleren Einkommen im Vordergrund steht. Dafür soll die vom SGB-Kongress im November 2010 lancierte Projektidee „AHVplus“ konkretisiert werden. – Sollten die letztes Jahr gescheiterten Sozialabbauprojekte, zum Beispiel in der Unfallversicherung oder der AHV, wieder aufgenommen werden, so würden sie von den Gewerkschaften selbstverständlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, bis hin zum Referendum, bekämpft.

Überdies wird der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegen sämtliche steuerpolitischen Projekte antreten, welche die Einkommens- und Vermögensungleichheit noch verschärfen statt bekämpfen. Unterstützen werden die Gewerkschaften dagegen die in Ausarbeitung befindliche Initiative für eine Erbschaftsteuer, dies auch mit der Teilzweckbindung zugunsten der AHV. Angesichts der gigantischen Erbschaften, die in den nächsten Jahrzehnten anfallen werden, ist eine solche Initiative überfällig.

Unter den vielen weiteren Themen, die den SGB im neuen Jahr beschäftigen, seien der fortwährende Skandal der diskriminierenden Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern, gegen den sich ein Aktionstag am 14. Juni richten wird, die anstehenden Weichenstellungen im Service public, zum Beispiel bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, und die verschiedenen arbeitsrechtlichen

Reformprojekte herausgegriffen. Zum ersten Mal seit vielen Jahren hat der Bundesrat anerkannt, dass es beim Kündigungsschutz einen Reformbedarf gibt. Es ist zu hoffen, dass die Vorlage nach der laufenden Vernehmlassung dann auch so aussehen wird, dass ein wirksamer Schutz gewährleistet wird. Mit der heutigen Regelung verletzt die Schweiz die internationalen Kernarbeitsnormen zum Schutz der Gewerkschaftsfreiheit.

Schliesslich hat sich der SGB auch personell erneuert. Mit der neuen Sekretariatsleitung, bestehend aus Daniel Lampart als Leiter des Sekretariats (bisher Stellvertreter) und Doris Bianchi als stellvertretender Leiterin, sowie dem neuen Doppel-Vizepräsidium, bestehend aus Vania Alleva (Unia) und Giorgio Tuti (SEV), geht der SGB gut aufgestellt in die neue Kongressperiode. Das ist eine Voraussetzung dafür, dass die Gewerkschaftsbewegung die gewaltigen Herausforderungen, mit denen sie heute konfrontiert ist, bewältigen kann.

Paul Rechsteiner, Präsident SGB

SGB-Medienkonferenz vom 5. Januar 2011